

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Setzungen pro Woche und in allen Monaten erhältlich

Nun erst recht
heraus
zum roten
Volksbegehren!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 10. Dezember 1931 Nummer 202

Das sind die Früchte der Tolerierungspolitik

Rote Volksbegehrtampagne verboten!

Ab heute keine öffentlichen Versammlungen, keine Plakate, keine Flugblattverbreitung in Sachsen gestattet. SPD-Bresse deckt alle Diktaturmaßnahmen. SPD-Führer wollen Arbeiter weiter zur Tolerierung Brünnings und Schieds mißbrauchen. Kommunisten fordern sofortige Landtagseinberufung. Entfacht Massenturm für den Sieg des roten Volksbegehrens!

Dresden, den 10. Dezember.

Die Schiedsregierung läßt im Einverständnis mit dem Reichsminister öffentlich bekannt geben, daß ab heute das Versammlungs- und Plakatverbot auch für Sachsen Geltung hat. Heute ab können also die werktätigen Massen nicht mehr öffentlichen Versammlungen Stellung nehmen zum roten Volksbegehren. Kein Plakat, kein Flugblatt darf öffentlich angeschlagen oder verbreitet werden.

Der letzte Rest der Verfassungshülle ist gerissen. Mit bewehrter Faust steht die Diktatur der Volksbewegung gegenüber! Haben im Kampf gegen das Volksbegehren die SPD-Führer und Schieds gefunden, so gestellt sich ihnen die Groener hinzu. Das neue Diktat der Brüningregierung soll die Rettungsanker für ihre schändliche Fiktion werden.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat im Auftrage der Parteileitung der Kommunistischen Partei den sozialdemokratischen

Landtagspräsidenten Wedel aufgefordert, sofort eine Meinungsäußerung des Landtages, spätestens für Freitag, den 11. Dezember einzuberufen, um Stellung zu nehmen zur neuesten Notverordnung und zur Aufhebung der letzten Verfassungsrechte des Volkes.

Der Kampf um das rote Volksbegehren ist mit der Verhängung des Belagerungszustandes in ein entscheidendes Stadium getreten. Jetzt muß die intensive und aktive Arbeit jedes einzelnen Anhängers des roten Volksbegehrens, jedes einzelnen Mitgliedes der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen eingeleitet werden. Konzentration aller Kräfte für die tägliche Steigerung der Einzelnung, für die Brechung aller Sabotageversuche gegen das rote Volksbegehren — das ist das Gebot der Stunde! Der kommende Sonntag ist der letzte Einzelnungs- und Werbegroßkampftag! Nun erst recht alle Kraft für den Sieg des roten Volksbegehrens!

Nationalsozialisten". All dies soll von den Arbeitern als "kleineres Übel" ertragen werden. Der Vorwärts schreibt:

„Es geht nicht nur darum, was (!) in den nächsten Monaten an Löhnen, Gehältern und Sozialrenten ausgezahlt wird. Es geht nicht nur darum, ob in den nächsten Monaten Reichsbanneruniformen und Parteiabzeichen getragen werden (!), es geht — so oder so — um eine Entscheidung, die auf Jahrzehnte hinaus von gewaltiger Bedeutung sein wird.“

Wer kennt diese Töne noch nicht? Die Maßnahmen, die der Vorwärts selbst „ein Stück Belagerungszustand“ und „politische Diktatur“ nennt, die schändlichen Maßnahmen der Brüning-Groener-Diktatur werden als „Rettung der Arbeiterbewegung“ präsentiert!

Die sozialdemokratische geführte Preußenregierung und ihre Polizeipräsidenten sind drauf und dran, die Arbeiterbewegung durch die öffentliche Mundtotmachung in den nächsten drei Wochen zu „reiten“.

Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter: Hat Brüning gegen die Kapitalisten zugespuckt — oder gegen die Arbeiter und alle Werktätigen?

Wir fragen angesichts des diktierten „Burgfriedens“: Hat Brüning seine Ausnahmestimmungen gegen die Bourgeoisie — oder gegen die Arbeiter verhängt?

Die großkapitalistische Deutsche Allgemeine Zeitung hat recht, wenn sie in ihrem gestrigen Leitartikel in der Abendausgabe schreibt:

„Wenn äußere Ruhe über dem Lande liegt, so kann es die Ruhe vor dem Sturm sein.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter, denen das „Zapfen“ der Regierung Brüning eine neue Lehre gegeben hat, wie das Bündnis der SPD-Führer mit der kapitalistischen Diktatur aufs schärfste gegen die proletarischen Klasseninteressen

Die offene, unverhüllte Liquidierung selbst der primitivsten Rechte zeigt jetzt allen Werktätigen eindeutig, wozu der Rest der Tolerierung der großkapitalistischen Diktaturmaßnahmen führen muß. Noch deutlicher kann kaum den sozialdemokratischen Arbeitern demonstriert werden, daß die Führung der SPD, deren Alliierten alle Maßnahmen der herrschenden Klasse ermöglichte, das werktätige Volk der letzten schändlichen Missetat entgegenführt. Wenn es noch eines besonderen Beweises bedürft hätte, dann wird dieser geliefert durch die gestrige monumentale Aufnahme aller Diktaturmaßnahmen durch die SPD-Presse. Die Dresdner Volkszeitung legt kein Wort an den ungeheuerlichen Vorgängen. Sie schließt sich dem Diktat ausdrücklich durch eine zweispaltige Aufforderung an die Arbeiter des Reichsbanners und an die Partei- und Sportordner an die verhängten Verbote strengstens durchzuführen. Sie befindet sich auch hierbei mit Hitler auf einer Linie, deren Abwendung von der Brüning-Groener-Regierung gegeben wird. Bereits heute nachmittags wird festzustellen sein, was der sozialdemokratische Landtagspräsident Wedel und seine Presse auf Veranlassung der Landtagseinberufung der KPD zu sagen hat. Der Weg ist ihm jedoch bereits vorgezeichnet. Durch die Haltung des Zentralorgans der SPD, des Vorwärts, der sich bereits an die kommunistische Forderung auf sofortige Reichstagsberufung wendet, um einen Sturz der Regierung oder eine Auflösung des Reichstages zu verhindern. Dieselbe Linie wie die Weisente in Berlin, werden die Edel, Böchel und Liebmann, die Herrn Wedel, in Sachsen befehlen. Und genau dieselbe schändliche Haltung wie die Dresdner Volkszeitung zeigt das sozialdemokratische Zentralorgan.

In seiner gestrigen Abendausgabe billigt der Vorwärts kommentarlos das Verbot aller Versammlungen, Flugblätter, Plakate sowie die Einsetzung von Schnellgerichten gegen Stetsbeleidiger.“

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands übernimmt mit die volle Verantwortung.

für die Lohnsenkung von 10 bis 15 Prozent, für die Beseitigung der Renten, für die Einschränkung der Krankenversicherung.

für die Aufhebung des Tarifrechts, für die Durchlöcherung des Betriebsratswahlrechtes,

für die Erhöhung der Umsatzsteuer, für die Gehaltskürzung an den unteren Beamten,

für die Verhängung des Ausnahmezustandes zur Verhinderung des Massenprotestes gegen die Notverordnung, für das Verbot der Uniformen und Abzeichen aller proletarischen Organisationen einschließlich der Reichsbannerarbeiter.

Der Vorwärts will den sozialdemokratischen Arbeitern erzählen, daß all dies ertragen werden müsse im Interesse des „heftig angelegten Kampfes“ der Regierung Brüning gegen die

Neuer Arbeitermord der Nazis in Berlin

Ein Kommunist getötet, zwei schwerverletzt

Der Dresdner Anzeiger meldet: „Anhänger der Kommunistischen Partei hielten heute abend in Charlottenburg eine Versammlung ab. Gegen 22 Uhr begaben sich einige Versammlungsteilnehmer auf den Heimweg. Als sie die Lohmeyerstraße passieren wollten, tauchten etwa 20 Nationalsozialisten auf, die mehrere Schüsse abfeuerten, durch die drei Kommunisten schwer verletzt wurden, der eine am Arm, der andere am Becken, der dritte am Hals. Dann ergriffen die Täter die Flucht. Man schaffte die drei Schwerverletzten nach dem Westend-Krankenhaus, wo der eine, der den Halsschuß erhalten hatte, seinen schweren Verletzungen erlag. Die Polizei nahm neun Kommunisten und vier Nationalsozialisten fest.“ Ein Sturm der Empörung muß auf die neue Bluttat der Hitlergardien antworten. Hier kann nicht wieder umgelogen werden, die Halenkreuzmörder und Naziprozokateure sind gefesselt! Das Echo muß sein: Stärkung der Kommunistischen Partei und des Antifaschistischen Kampfbundes!

an Alle ... an Alle ... an Alle!

Wir rufen für Sonntag, den 13. Dezember
Zur Massenwerbung für KPD, KJVD, revolutionäre Massenorganisationen
Arbeiterstimme, Volksecho und den Sieg des roten Volksbegehrens auf!
In allen Stadtteilen und Orten schafft gemeinsame Werbeleitungen aller Organisationen!
So antworten wir Brüning, Groener, Schieck!
KPD, KJVD, Rote Hilfe, IAH, IB der Opfer des Krieger- u. der Arbeit Kampfbund geg. d. Faschismus, Verband proletarischer FreiDenker Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit